

Streitwertkatalog für die Sozialgerichtsbarkeit

Streitwertkatalog 2009

[Stand: 1. April 2009]

Überarbeitung des von der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Landessozialgerichte am 16. Mai 2006 auf Vorschlag des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz beschlossenen Streitwertkatalogs 2006

A. Vorbemerkungen

1. Der **Streitwert** (Wert des Streitgegenstandes; § 3 des Gerichtskostengesetzes -GKG-) ist auch in den Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit maßgebend für die Höhe der gerichtlichen Kosten (Gebühren und Auslagen). Kosten werden nur in den Verfahren erhoben, in denen § 197a des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) anzuwenden ist (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 des GKG).

2. Für die Festsetzung der **Höhe des Streitwerts** gilt grundsätzlich:
 - a) Der Streitwert ist nach der sich aus dem Antrag des Klägers für ihn ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen (§ 52 Abs.1 GKG).

 - b) Bietet der Sach- und Streitstand für die Bestimmung des Streitwerts keine genügenden Anhaltspunkte, ist ein Streitwert von 5000 Euro anzunehmen (§ 52 Abs. 2 GKG: Regelstreitwert [BSG, 20.10.2004 - B 6 KA 15/04 R -; 01.02.2005 - B 6 KA 70/04 B -; 15.01.2009 - B 3 KS 5/08 B -]; auch: Auffangwert [BSG, 28.02.2006 - B 2 U 31/05 R -; 09.05.2006 - B 2 U 34/05 R -; LSG Schleswig-Holstein, 14.03.2006 - L 4 KA 3/04 -; Hartmann, Kostengesetze, 39. Aufl., § 52 Rdnr. 17] oder Regelwert [BSG, 28.11.2007 - B 6 KA 26/07 R -; 15.01.2008 - B 12 KR 69/07 B -]).

 - c) Betrifft der Antrag des Klägers eine bezifferte Geldleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt ist deren Höhe maßgebend (§ 52 Abs. 3 GKG). *Für die Ansetzung des Streitwerts ist der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle zuständig (Hartmann, Kostengesetze, 39. Aufl., § 63 Rdnrn. 2-4).*

 - d) In Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes nach § 86b SGG bestimmt sich der Streitwert nach § 52 Abs. 1 und 2 GKG (§ 53 Abs. 3 Nr. 4 GKG).

 - e) Werden Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen dem Grunde oder der Höhe nach geltend gemacht oder abgewehrt, ist der dreifache Jahresbetrag der wiederkehrenden Leistungen maßgebend, wenn nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist (§ 42 Abs. 1 GKG).
Ist die Höhe des Jahresbetrags nicht nach dem Antrag des Klägers bestimmt oder nach diesem Antrag mit vertretbarem Aufwand bestimmbar, ist der Streitwert nach § 52 Abs. 1 und 2 GKG zu bestimmen (§ 42 Abs. 3 Satz 2 GKG).

 - f) Sind außer dem Hauptanspruch noch Nebenforderungen (z.B. Zinsen, Kosten) betroffen, wird der Wert der Nebenforderungen nicht berücksichtigt (§ 43 Abs. 1 GKG).
Sind Nebenforderungen ohne den Hauptanspruch betroffen, ist der Wert der Nebenforderungen maßgebend, soweit er den Wert des Hauptanspruchs nicht übersteigt (§ 43 Abs. 2 GKG).
Sind die Kosten des Rechtsstreits ohne den Hauptanspruch betroffen, ist der Betrag der Kosten maßgebend, soweit er den Wert des Hauptanspruchs nicht übersteigt (§ 43 Abs. 3 GKG).

 - g) Für die Wertberechnung ist der Zeitpunkt der den jeweiligen Streitgegenstand betreffenden Antragstellung maßgebend, die den Rechtszug einleitet (§ 40 GKG). Nach teilweiser Erledigung des Rechtsstreits ist eine gestaffelte Streitwertfestsetzung vorzunehmen; *das Rechtsschutzinteresse ergibt sich aus § 32*

RVG (Hartmann, Kostengesetze, 39. Aufl., § 52 Rdnr. 13; LSG Rheinland-Pfalz, 13.03.2007 - L 5 B 373/06 KNK -; LSG Nordrhein-Westfalen, 20.05.2008 - L 16 B 87/07 KR -; 03.07.2008 - L 16 B 31/08 KR -).

3. Der Streitwert ist sogleich mit der Einreichung der Klage-, Antrags- oder Rechtsmittelschrift oder mit der Abgabe der entsprechenden Erklärung zu Protokoll **vorläufig festzusetzen** (§ 63 Abs. 1 Satz 1 GKG). *Ein Beschwerderecht gegen die vorläufige Streitwertfestsetzung ist nicht gegeben (LSG Rheinland-Pfalz, 21.12.2006 - L 5 B 350/06 KA -; LSG Baden-Württemberg, 03.12.2007 - L 5 KA 3492/07 W-B -); auch eine Überprüfung im Rahmen der Beschwerde gegen den Kostenansatz (§ 66 Abs. 2 GKG) kommt nicht in Betracht (Thüringer LSG, 16.02.2007 - L 6 B 141/06 SF -).*

Spätestens nach Abschluss des Verfahrens ist der Streitwert **endgültig festzusetzen** (§ 63 Abs. 2 GKG). *Dies ist erst nach Beendigung der Rechtshängigkeit zulässig (Bayerisches LSG, 04.07.2006 - L 5 B 160/06 KR -).*

Diese Festsetzungen sind auch für die Gebühren des Rechtsanwalts maßgebend (§ 32 Abs. 1, § 3 Abs. 1 Satz 2 des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes - RVG -).

4. Der Streitwertkatalog soll dazu beitragen, die Maßstäbe der Festsetzung des Streitwerts zu **vereinheitlichen** und die Entscheidungen der Gerichte **vorhersehbar** zu machen.

Der Streitwertkatalog ist eine **Empfehlung** auf der Grundlage der Rechtsprechung der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsliteratur. Die Empfehlungen sind Vorschläge ohne verbindliche Wirkung für die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit.

5. Der Streitwertkatalog wird in regelmäßigen Zeitabständen aktualisiert und fortgeschrieben werden. Zuständig hierfür ist das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz.

B. Allgemeines; Verfahrensrecht

1.	Grundsätzliches
1.1	Für die Anwendung des § 197a SGG ist auf die Stellung eines Beteiligten im jeweiligen Rechtszug abzustellen. Ein Kostenprivilegierter hat auch dann keine Gerichtskosten zu tragen, wenn er in seiner ursprünglichen Rolle als Beigeladener in einem Prozess zwischen Nichtprivilegierten Rechtsmittel einlegt. Diese Kostenprivilegierung erstreckt sich dann auch auf einen nicht privilegierten Rechtsmittelführer (BSG, 13.04.2006 - B 12 KR 21/05 B -; 29.05.2006 - B 2 U 391/05 B -); vgl. auch B.5.5.
1.2	Versicherter gem. § 183 Satz 1 SGG ist - unabhängig vom Ausgang des Verfahrens - jeder Beteiligte, über dessen Status als Versicherter gestritten wird. Auch wenn der Beteiligte die vom Versicherungsträger behauptete Versicherteneigenschaft bestreitet, gilt der insoweit allgemeine Rechtsgedanke des § 183 Satz 3 SGG (BSG, 05.10.2006 - B 10 LW 5/05 R -).
1.3	Die Kostenprivilegierung des § 183 Satz 1 SGG entfällt bei einem Beteiligtenwechsel vor dem Beginn des Rechtszuges; vgl. auch § 183 Satz 2 SGG (BSG, 03.08.2006 - B 3 KR 24/05 R -).
1.4	Für die Festsetzung des Streitwerts ist die sich aus dem Antrag des Klägers für ihn ergebende Bedeutung der Sache maßgebend, dh in der Regel das wirtschaftliche Interesse an der erstrebten Entscheidung (§ 52 Abs. 1 GKG; BSG, 05.10.1999 - B 6 KA 24/98 R -).
1.5	Der mittelbare wirtschaftliche Wert eines endgültigen oder vorläufigen Prozesserfolgs ist bei der Streitwertfestsetzung nicht zu berücksichtigen (BSG, 09.05.2000 - B 6 KA 72/97 R -).
1.6	Bei Musterverfahren sind die wirtschaftlichen Folgewirkungen für andere Klageansprüche nicht zu berücksichtigen (BSG, 25.09.1997 - 6 RKa 65/91 -; 24.09.2008 - B 12 R 10/07 R -).
1.7	<i>Eine Streitwertfestsetzung darf auch im Urteil erfolgen (LSG Rheinland-Pfalz, 23.03.2009 - L 1 AL 25/09 B -; a.A.: LSG Berlin-Brandenburg, 12.11.2008 - L 9 KR 119/08 -).</i>
1.8	Die Höhe des Streitwerts unterliegt nicht der Dispositionsfreiheit der Beteiligten (arg. § 61, § 63 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1 GKG).
2.	Feststellungsklage
2.1	Der Streitwert ist grundsätzlich niedriger als der Streitwert der Leistungsklage (Bayerisches LSG, 15.07.2005 - L 3 B 154/05 KA -). Bei einer Feststellungsklage, die mit einer Leistungsklage gleichwertig ist, bemisst sich der Streitwert nach dem Betrag, den der Kläger letztlich erstrebt. Ein Abzug ist nicht vorzunehmen (BSG, 05.10.1999 - B 6 Ka 24/98 R -). <i>Regelstreitwert, wenn Anhaltspunkte für eine anderweitige Festsetzung fehlen (BSG, 15.01.2009 - B 3 KS 5/08 B -).</i>

3.	Bescheidungsklage
3.1	<i>Bei Verpflichtungs-Neubescheidungen beträgt der Wert des Streitgegenstandes drei Viertel bis zur Hälfte des Streitwerts der "Hauptsache" (Hälfte: LSG Baden-Württemberg, 23.05.1996 - L 5 Ka 653/96 W-A -; drei Viertel: LSG Schleswig-Holstein, 22.09.2003 - L 6 SF 22/03 SG -).</i>
3.2	<i>Bei Anfechtungs-Neubescheidungen ist der mit dem Verwaltungsakt angeforderte Betrag in voller Höhe als Streitwert zugrunde zu legen (BSG, 16.07.2008 - B 6 KA 57/07 R -); vgl. C.IX.15.2.</i>
4.	Untätigkeitsklage
4.1	Der Wert des Streitgegenstandes beträgt 10 bis 25 v.H. des Streitwerts der "Hauptsache" (LSG Rheinland-Pfalz, 11.08.1994 - L 3 Sb 19/94 -; Bayerisches LSG, 09.01.1997 - L 12 B 185/95 Ka -).
5.	Klage-/Antragshäufung
5.1	Richtet sich eine Klage gegen mehrere Beklagte, so ist der Streitwert auf ein Mehrfaches des wirtschaftlichen Wertes für den Kläger (§ 39 Abs. 1 GKG; BSG, 08.04.2005 - B 6 Ka 60/04 B -), hilfsweise auf ein Mehrfaches des Regelstreitwertes festzusetzen.
5.2	Ein hilfsweise geltend gemachter Anspruch wird mit dem Hauptanspruch zusammengerechnet, soweit über ihn entschieden wird (§ 45 Abs. 1 S. 2 GKG).
5.3	Bei subjektiver Klagehäufung kommt es nicht auf die Anzahl der Prozessrechtsverhältnisse, sondern darauf an, ob mehrere unterschiedliche Streitgegenstände vorliegen (BSG, 14.09.2006 - B 6 KA 24/06 B -; 19.09.2006 - B 6 KA 30/06 B -).
5.4	Ist bei teilbarem Streitgegenstand nur ein Teil kostenprivilegiert, so ist bei der Kostenentscheidung nach den Streitgegenständen zu differenzieren. Dies gilt sowohl bei einer objektiven Klagehäufung als auch bei einer Eventualklagehäufung (BSG, 27.07.2006 - B 3 KR 6/06 B -; 26.09.2006 - B 1 KR 1/06 R -).
5.5	Ist bei unteilbarem Streitgegenstand ein kostenrechtlich Privilegierter Hauptbeteiligter, gilt für die jeweilige Instanz einheitlich die Regelung für Kostenprivilegierte. Dies gilt auch bei subjektiver Klagehäufung mit einem nicht Kostenprivilegierten (BSG, 29.05.2006 - B 2 U 391/05 B -; 26.07.2006 - B 3 KR 6/06 B -; 26.09.2006 - B 1 KR 1/06 R -; 30.07.2008 - B 5a/5 R 30/07 R -; 24.09.2008 - B 12 R 10/07 R -).
6.	Beigeladene
6.1	Für Beigeladene ist grundsätzlich der Antrag des Klägers maßgebend. Eine gesonderte Streitwertfestsetzung ist zulässig (BSG, 19.02.1996 - 6 RKa 40/93 -). Der Streitwert darf jedoch nicht höher als der für die Hauptbeteiligten festgesetzt werden (BSG, 25.11.1992 - 1 RR 1/91 -).
7.	Einstweilige Anordnung
7.1	Bei Regelungsanordnungen nach § 86b Abs. 2 SGG: Der Streitwert beträgt ein

	Viertel bis zur Hälfte des Streitwerts der Hauptsache je nach deren wirtschaftlicher Bedeutung. Bei Vorwegnahme der Hauptsache ist in der Regel der volle Streitwert festzusetzen.
7.2	Bei Verfahren nach § 86a Abs. 2 Nr. 1 SGG: ein Viertel des Hauptsachestreitwertes (LSG Baden-Württemberg, 14.02.2007 - L 5 KR 2854/06 W-A -).
8.	Gegenvorstellung
8.1	Gegen unanfechtbare Streitwertbeschlüsse ist die Gegenvorstellung statthaft. Die Einlegung muss innerhalb eines Monats erfolgen (BSG, 08.09.1997 - 3 RK 27/95 -).
8.2	<i>Auch im Gegenvorstellungsverfahren ist eine Kostenentscheidung zu treffen (BSG, 28.07.2005 - B 13 RJ 178/05 B -) und der Streitwert festzusetzen (LSG Nordrhein-Westfalen, 27.01.2009 - L 16 B 24/08 R -).</i>
9.	Rechtswegbeschwerde
9.1	<i>Im Verfahren über eine Rechtswegbeschwerde ist eine Kostenentscheidung zu treffen (BSG, 29.09.1994 - 3 BS 2/93 -; 09.02.2006 - B 3 SF 1/05 R -). Der Streitwert beträgt im Regelfall ein Fünftel, höchstens bis zu einem Drittel des Hauptsachewerts (BSG, 06.09.2007 - B 3 SF 1/07 R -; 22.04.2008 - B 1 SF 1/08 R -).</i>
10.	Nichtzulassungsbeschwerde
10.1	Der Streitwert bemisst sich gemäß § 47 Absatz 3 GKG nach dem Streitwert des Rechtsmittelverfahrens (BSG, 12.09.2006 - B 6 KA 70/05 B -).
11.	Beschwerde gegen Festsetzung des Streitwerts
11.1	Das Gericht ist an keine Anträge gebunden. Es gilt auch nicht das Verschlechterungsverbot (BSG, 05.10.2006 - B 10 LW 5/05 R -; vgl. auch B.1.8).
11.2	<i>Auch bei unzulässigen Beschwerden darf das Rechtsmittelgericht den Streitwert von Amts wegen ändern (Bayerisches LSG, 09.01.2006 - L 5 B 456/05 KR -; LSG Nordrhein-Westfalen, 24.02.2006 - L 10 B 21/05 KA -; a.A.: LSG Rheinland-Pfalz, 20.07.2006 - L 5 ER 130/06 KA -).</i>
11.3	Der Rechtsanwalt kann aus eigenem Recht eine Streitwertbeschwerde erheben (§ 32 Abs. 2 RVG; LSG Nordrhein-Westfalen, 24.02.2006 - L 10 B 21/05 KA -); dies gilt nicht bei einer vorläufigen Festsetzung des Streitwerts (LSG Rheinland-Pfalz, 21.12.2006 - L 5 B 350/06 KA -; LSG Baden-Württemberg, 03.12.2007 - L 5 KA 3492/07 W-B -); vgl. auch A.3.
11.4	<i>Über Beschwerden gegen die Festsetzung des Streitwerts entscheidet nach § 68 Abs. 2 Satz 6 iVm § 66 Abs. 6 Satz 1 GKG allein der Berichterstatter (Sächsisches LSG, 09.06.2008 - L 1 B 351/07 KR -; LSG Baden-Württemberg, 16.12.2008 - L 10 R 5747/08 W-B -; a.A.: nur im vorbereitenden Verfahren nach § 155 Abs. 2 Nr. 4 SGG, LSG Nordrhein-Westfalen, 24.02.2006 - L 10 B 21/05 KA -), wobei die Möglichkeit der Übertragung auf den Senat (§ 66 Abs. 6 Satz 2</i>

	<i>GKG) besteht.</i>
11.5	<i>Die Ablehnung einer Streitwertfestsetzung stellt einen beschwerdefähigen Beschluss dar (LSG Nordrhein-Westfalen, 23.07.2007 - L 1 B 18/07 AL -).</i>
11.6	Das Verfahren ist gebührenfrei (§ 68 Abs. 3 Satz 1 GKG).
11.7	Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten (§ 68 Abs. 3 Satz 2 GKG).
12.	Abänderung des Streitwerts durch das Rechtsmittelgericht
12.1	Für den Wert des Streitgegenstands des ersten Rechtszuges ist gemäß § 47 Absatz 2 GKG nicht der in erster Instanz festgesetzte, sondern der objektiv angemessene Streitwert maßgeblich. Die Abänderung der erstinstanzlichen Streitwertfestsetzung steht gemäß § 63 Absatz 3 Satz 1 GKG im Ermessen des Rechtsmittelgerichts (BSG, 19.09.2006 - B 6 KA 30/06 B -).
12.2	Eine unterbliebene Streitwertfestsetzung kann vom Rechtsmittelgericht jedenfalls bei betragsmäßig von vornherein feststehendem und offensichtlich gleich gebliebenem Streitwert in erweiternder Auslegung des § 63 Absatz 3 Satz 1 GKG nachgeholt werden (BSG, 05.10.2006 - B 10 LW 5/05 R -).
13.	Einseitige Erledigungserklärung durch den Kläger
13.1	Der Kläger hat nicht zwingend die Kosten gemäß § 197a SGG i.V.m. § 155 Abs. 2 VwGO zu tragen, sondern das Gericht entscheidet nach billigem Ermessen (§ 161 Abs. 2 VwGO; LSG Nordrhein-Westfalen, 07.03.2005 - L 10 KA 36/03 -).
14.	Verjährung
14.1	Es gilt keine Verjährung für den Antrag auf Festsetzung des Streitwertes (BSG, 15.02.2001 - 6 RKa 20/83 -). Nach § 63 Absätze 1 und 2 GKG ist der Streitwert von Amts wegen festzusetzen.
15.	Widerspruchsverfahren
15.1	Zurückweisung des Bevollmächtigten im Widerspruchsverfahren (§ 13 Abs. 5 SGB X); Klage des Bevollmächtigten: Höhe des Gebührenanspruchs des Bevollmächtigten für die begehrte Vertretung (LSG Baden-Württemberg, 03.01.2007 - L 13 AL 4889/05 W-B -).
15.2	<i>Erstattung der Aufwendungen nach § 63 SGB X: Differenz zwischen den geforderten und den erstatteten Kosten (BSG, 05.10.2006 - B 10 LW 5/05 R -; 09.04.2008 - B 6 KA 3/07 B -).</i>
15.3	<i>Eine gesonderte Festsetzung des Gegenstandswerts durch die Verwaltung ist im Gesetz nicht vorgesehen und damit unzulässig. Die Gerichte haben im Rahmen der Prüfung der Höhe der Kostenerstattung den Gegenstandswert eigenständig zu bestimmen (BSG, 09.04.2008 - B 6 KA 3/07 B -).</i>
16.	Stufenklage
16.1	<i>Für die Wertberechnung ist nur einer der verbundenen Ansprüche, und zwar der höhere, maßgebend (§ 44 GKG). dies gilt aber nur, wenn in einer Instanz über</i>

	<i>beide Ansprüche entschieden wird. Wird nur über einen Anspruch entschieden, ist der Streitwert nur anhand dieses Anspruchs zu bemessen (BSG, 28.02.2007 - B 3 KR 12/06 R -).</i>
17.	Streitwert des Rechtsmittelverfahrens
17.1	<i>Im Rechtsmittelverfahren bestimmt sich der Streitwert nach den Anträgen des Rechtsmittelführers (§ 47 Abs. 1 Satz 1 GKG), nur ausnahmsweise nach der Beschwer (§ 47 Abs. 1 Satz 2 GKG). Es bleibt dann bei der Streitwertberechnung nach § 52 GKG entsprechend der Bedeutung der Sache für den Kläger, wenn der Streitgegenstand unverändert geblieben ist und der Beklagte als Rechtsmittelführer nach wie vor die Abweisung der Klage beantragt (BSG, 28.02.2007 - B 3 KR 12/06 R -, 12.06.2008 - B 3 P 2/07 R -). Bei Anschlussberufung bzw. Anschlussrevision <kein eigentliches Rechtsmittel> ist die sich aus dem Antrag des Klägers ergebende Bedeutung der Sache maßgebend (BSG, 17.02.2009 - B 2 U 38/06 R -).</i>
18.	Zurückverweisung
18.1	<i>Bei Zurückverweisung ist eine Festsetzung des Streitwerts vorzunehmen (BSG, 13.12.2005 - B 4 RA 28/05 R -; 10.05.2007 - B 10 KR 1/05 R -).</i>
19.	Unzulässige Klage; Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung (§ 21 GKG)
19.1	<i>Ein Streitwertbeschluss ist wegen § 32 RVG unabhängig von der Frage, ob Gerichtskosten im Einzelfall erhoben werden, notwendig. Auch nicht zu erhebende Kosten sind aufzuerlegen (LSG Nordrhein-Westfalen, 14.06.2007 - L 16 B 5/07 SF -). Soweit Kosten zu Unrecht erhoben wurden, ist die Erinnerung gegen den Kostenansatz gem. § 66 GKG möglich.</i>
20.	Ablehnung eines Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit (§ 118 Abs. 1 Satz 1 SGG)
20.1	<i>Ein Drittel des Streitwerts der Hauptsache (LSG Nordrhein-Westfalen, 04.06.2007 - L 1 B 7/07 AL -).</i>
21.	Befundbericht; Klage des Arztes auf höhere Vergütung (JVEG)
21.1	<i>Höhe der streitigen Vergütung (BSG, 02.10.2008 - B 9 SB 7/07 R -).</i>
22.	Anhörungsrüge (§ 178a SGG)
22.1	<i>Einer Streitwertfestsetzung bedarf es nicht, da sich die Gerichtsgebühr unmittelbar aus Nr. 7400 der Anlage 1 des GKG ergibt (BSG, 08.11.2006 - B 2 U 5/06 C -).</i>

C. Streitwertkatalog

I.	Arbeitsförderungsrecht	
1.	Arbeitsgenehmigung (Arbeitserlaubnis, Arbeitsberechtigung) (§ 284 Abs. 1, Abs. 2 SGB III)	
1.1	Erteilung (§ 284 SGB III)	Wirtschaftliches Interesse des Unternehmers (Hessisches LSG, 31.08.1998 - L 6 AL 1106/97 ER -).
1.2	Gebühr für die Erteilung (§ 287 Abs. 1, Abs. 2 SGB III, § 3 ASAV)	Höhe der Gebühr (BSG, 13.12.2000 - B 7 AL 58/99 R -).
2.	Arbeitnehmerüberlassung	
2.1	Erteilung der Erlaubnis (§ 2 AÜG)	Unmittelbares wirtschaftliches Interesse.
2.2	Rücknahme, Widerruf der Erlaubnis (§ 4, § 5 AÜG)	Unmittelbarer wirtschaftlicher "Schaden" (LSG Niedersachsen-Bremen, 06.05.2003 - L 8 AL 336/02 ER -) bzw. bei normalem Geschäftsbetrieb erzielter Unternehmensgewinn (Bayerisches LSG, 13.12.2006 - L 9 B 823/06 AL ER -), hilfsweise Regelstreitwert (LSG Niedersachsen-Bremen, 21.01.2003 - L 8 B 158/03 AL -).
2.3	Auflage (§ 2 AÜG)	Regelstreitwert bei Klage des Arbeitnehmers und fehlenden Anhaltspunkten für das wirtschaftliche Interesse (SG Koblenz, 05.09.2006 - S 9 ER 102/06 AL -).
3.	Zulassung als förderungsfähige Bildungsmaßnahme (§ 61, § 77 SGB III)	Hälfte des Streitwerts für die Genehmigung einer Ersatzschule: 15.000 € (Nr. 38.2 Streitwertkatalog Verwaltungsgerichtsbarkeit; LSG Baden-Württemberg, 04.04.2005 - L 13 AL 219/05 W-A -).
4.	Eingliederungszuschüsse (§§ 217ff. SGB III)	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (BSG, 22.09.2004 - B 11 AL 33/03 R -).
5.	Erstattungspflicht des Arbeitgebers (§ 147a SGB III)	

5.1	Grundlagenbescheid	Regelstreitwert (BSG, 22.03.2001 - B 11 AL 91/00 R -; 04.09.2001 - B 7 AL 6/01 R -).
5.2	Abrechnungsbescheid	Höhe der Erstattungsforderung (BSG, 03.03.1998 - 11 RAr 103/96 -).
6.	Kurzarbeitergeld, Klagen des Arbeitnehmers oder der Betriebsvertretung (§§ 169ff. SGB III)	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, SGG, 9. Aufl., § 183 Rdnr. 6b).
7.	Vermittlungsgutschein (§ 421g SGB III)	
7.1	Ausstellung des Vermittlungsgutscheins	Wert des Gutscheins.
7.2	Ablehnung der Auszahlung der Vermittlungsvergütung	Der Vermittler ist kein Leistungsempfänger im Sinne des § 183 SGG (BSG, 06.04.2006 - B 7a AL 56/05 R -); <i>Wert des Gutscheins</i> (BSG, 21.02.2008 - B 11a AL 91/07 B -) bzw. 1000 € als Teilbetrag der ersten oder zweiten Rate (LSG Sachsen, 16.02.2005 - L 3 B 64/04 AL -; 20.07.2005 - L 3 AL 132/04 -).
8.	Winterbeschäftigungs - Umlage (§§ 354ff. SGB III)	
8.1	Grundlagenbescheid	Regelstreitwert.
8.2	Festsetzung der Umlagenhöhe	Dreifacher Jahresbetrag der Umlage (BSG, 20.06.1995 - 10 RAr 7/94 -).
9.	Anzeigepflichtige Entlassungen (§§ 17ff. KSchG); Klage eines Arbeitnehmers gegen den Bescheid der Bundesagentur	Der Arbeitnehmer ist kein Versicherter im Sinne des § 183 SGG; Regelstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 08.01.2007 - L 9 AL 3242/06 AK-A -).
10.	Insolvenzgeld; Übertragung des Anspruchs auf Arbeitsentgelt auf einen Dritten (§ 188 Abs. 1 SGB III)	Dritter ist Leistungsempfänger im Sinne des § 183 SGG; kein Fall der Rechtsnachfolge nach § 183 S. 2 SGG (BSG, 05.12.2006 - B 11a AL 19/05 R -). <i>Dies gilt nicht, wenn der schon entstandene Insolvenzgeldanspruch während des Vorverfahrens abgetreten wird und zwar selbst dann, wenn der ursprünglich Leistungsberechtigte als gewillkürter Prozesstandschafter auftritt</i> (BSG, 04.06.2007 - B 11a AL 153/06 B -).

11.	Berichtigung einer Arbeitsbescheinigung (§ 312 SGB III)	Ein Zehntel des Arbeitsentgelts, dessen zusätzliche Bescheinigung begehrt wird (SG Hamburg, 27.04.2006 - S 60 AL 2074/04 -) oder ein Zehntel des mittelbar verfolgten Begehrens <Verhinderung einer Sperrzeit> LSG Rheinland-Pfalz, 23.03.2009 - L 1 AL 25/09 B -).
12.	Erstattung von Leistungen nach §§ 4 und 12 Altersteilzeitgesetz - ATG-; Klage des Arbeitgebers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (BSG, 21.03.2007 - B 11a AL 9/06 R -).

II.	Aufsichtsrecht	
1.	Genehmigung zur Errichtung oder Erweiterung einer Krankenkasse (§§ 147 ff., §§ 157ff. SGB V, §§ 87ff. SGB IV)	Bedeutung der Sache: bei bis zu 1000 betroffenen Pflichtmitgliedern 20-facher, bei bis zu 5000 Pflichtmitgliedern 30-facher Regelstreitwert (BSG, 12.12.1996 - 1 RR 5/90 -).
2.	Genehmigung zur Ermäßigung der Beiträge einer Krankenkasse (§ 220 Abs. 3 SGB V a.F.)	Dreifacher Regelstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 09.02.2005 - L 1 A 5378/04 W-B -); bei Erwartung eines konkreten Mitgliederzuwachses wie C.II.1. (LSG Schleswig-Holstein, 04.03.2004 - L 1 B 23/04 KR ER -).
3.	Genehmigung einer Satzung oder Satzungsänderung (§ 34 Abs. 1 SGB IV)	
3.1	<i>Verlegung des Sitzes einer Krankenkasse (§ 195 SGB V iVm Satzung)</i>	<i>Regelstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 09.09.2005 - L 24 B 1038/05 KR ER -).</i>
3.2	<i>Genehmigung einer Satzung oder Satzungsänderung</i>	<i>Bei einer bundesweit zuständigen Krankenkasse (§ 195 Abs. 1 SGB V) zehnfacher Regelstreitwert</i>

		(BSG, 19.09.2007 - B 1 A 4/06 R -).
4.	Aufsichtsverfügung (§§ 89, 90 SGB IV)	Zehnfacher Regelstreitwert, wenn erhebliche Schadensersatzforderungen befürchtet werden (BSG, 14.02.2007 - B 1 A 3/06 R -: Veröffentlichung der Vergütung eines Vorstandsmitglieds gem. § 35 Abs. 6 Satz 2 SGB IV).
5.	Prüfungsverfügung (§§ 304 ff. SGB III aF, § 107 SGB IV aF; § 18 h Abs. 3 bis 8 SGB IV iVm dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)	Auffangstreitwert (BSG, 28.08.2007 - B 7/7a AL 16/06 R -).

III.	Beitragsrecht	
1.	Gesamtsozialversicherungsbeitrag (§ 28d, § 28e SGB IV)	Höhe der Forderung (BSG, 01.06.2006 - B 12 KR 34/05 B -).
2.	Säumniszuschlag (§ 24 SGB IV)	
2.1	Von der Hauptforderung getrennte Erhebung	Höhe der Forderung (BSG, 29.11.2007 - B 13 R 48/06 R -).
2.2	Erhebung zusammen mit der Hauptforderung	a) als Nebenforderung nicht zu berücksichtigen nach § 43 Abs. 1 GKG analog ("Zinsen", LSG Rheinland-Pfalz, 03.11.2005 - L 5 B 192/05 KR -; Thüringer LSG, 29.01.2007 - L 6 RJ 1024/03 -; a.A.: LSG Baden-Württemberg, 26.01.2009 - L 10 R 5795/08 W-B -). b) streitwerterhöhend zu berücksichtigen bei Haftungsbescheid

		gegenüber Gesellschafter einer Vor-GmbH (§ 11 Abs. 2 GmbHG; LSG Rheinland-Pfalz, 02.12.2005 - L 2 B 129/05 R -).
3.	Künstlersozialversicherung (KSVG)	
3.1	Erfassungsbescheid gegenüber einem Unternehmer nach § 23ff. KSVG	<i>Festgesetzte oder voraussichtlich anfallende Beträge bei einem Zeitraum von unter drei Jahren, ansonsten der zu erwartende Betrag der Abgabe in den ersten drei Jahren (BSG, 30.05.2006 - B 3 KR 7/06 R -); kein Abzug wegen eines evtl. anschließenden Streits über die Betragshöhe (BSG, 18.09.2008 - B 3 KS 1/08 R -).</i>
3.2	Beitragsbescheid gegen einen Unternehmer	Höhe der festgesetzten Künstlersozialabgabe. Keine Erhöhung nach § 42 Abs. 3 Satz 1 GKG (wiederkehrende Leistungen), da jahresbezogene einmalige Leistung (BSG, 07.12.2006 - B 3 KR 2/06 R -).
4.	Erstattung von Beiträgen (§ 26 SGB IV)	<i>Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG: Der kostenrechtliche Status richtet sich nach dem Status, der nach der ursprünglichen Annahme das Versicherungsverhältnis begründet hatte (BSG, 12.12.2007 - B 12 AL 1/06 R -).</i>
5.	Verpflichtung des Arbeitgebers zur Erteilung einer Ermächtigung zum Einzug des Gesamtsozialversicherungsbeitrags (§ 28a Abs. 7 Satz 2 SGB IV)	<i>Auffangstreitwert, da keine Beitragsforderung, sondern die Art und Weise der Beitragszahlung streitig ist (BSG, 08.12.2008 - B 12 R 38/07 B -).</i>

IV.	Krankenversicherung	
1.	Klage des Herstellers gegen das Hilfsmittelverzeichnis (§ 128 a.F., § 33 SGB V)	
1.1	Änderung einer Produktgruppe	Fünf Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes in einem Zeitraum von zwei Jahren (LSG Baden-Württemberg, 17.10.2005 - L 5 KR 2351/05 W-A -).
1.2	Streichung einer Produktuntergruppe	Gewinn in einem Zeitraum von fünf Jahren (LSG Baden-Württemberg, 15.06.2005 - L 11 KR 1158/05 W-A -), hilfsweise mehrfacher Regelstreitwert.
2.	Krankentransportleistungen (§ 133 SGB V)	
2.1	Abschluss einer Vergütungsvereinbarung	Dreifacher Betrag der zu erwartenden Einnahmen (LSG Berlin-Brandenburg, 27.11.2003 - L 4 B 75/03 KR ER -), hilfsweise dreifacher Regelstreitwert.
3.	Erstattung von Arbeitgeberaufwendungen bei Entgeltfortzahlung (§ 1 des Aufwendungsausgleichsgesetzes - AAG -; bis 31.12.2005: § 10 LFZG)	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (BSG, 20.12.2005 - B 1 KR 5/05 B -).
4.	Mitgliederwerbung	Regelstreitwert, <i>da wirtschaftliches Interesse nicht zu beziffern</i> (LSG Rheinland-Pfalz, 03.05.2005 - L 1 ER 11/05 KR -, 14.06.2006 - L 5 ER 57/06 KR -, 21.06.2007 - L 5 ER 158/07 KR -, 13.12.2007 - L 5 ER 289/07 KR -; LSG Saarland, 21.06.2006 - L 2 B 5/06 KR -, LSG Schleswig-Holstein, 26.09.2007 - L 5 B 522/07 KR ER -).
5.	Sonderkündigungsrecht der Mitglieder (§ 175 Abs. 4 Satz 5 SGB V), Feststellungsbegehren zwischen Krankenkassen	Wirtschaftliche Bedeutung der Sache: wie bei C.II.1.; <i>Auffangstreitwert bei nur einem betroffenen Mitglied</i>

		(BSG, 13.06.2007 - B 12 KR 19/06 R -).
6.	Feststellung der Versicherungspflicht durch die Einzugsstelle (Krankenkasse; § 28h SGB IV) (§ 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III, § 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V, § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI, § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB XI)	
6.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG.
6.2	Klage des Arbeitgebers	<p>- Bei noch bestehendem Beschäftigungsverhältnis Höhe der Beiträge für drei Jahre (LSG Baden-Württemberg, 16.12.2008 - L 10 R 5747/08 W-B -).</p> <p>- Wird nicht über eine Beitragsforderung in bestimmter Höhe gestritten, regelmäßig Auffangstreitwert (BSG, 24.09.2008 - B 12 R 10/07 R - und B 12 KR 27/07 R -); bei Streit für ein "ganzes Erwerbsleben" (mehr als 15 Jahre) das Doppelte, bei mehr als 30 Jahren das Dreifache des Auffangstreitwerts (LSG Berlin-Brandenburg, 12.11.2008 - L 9 KR 119/08).</p>
6.3	Klage eines Versicherungsträgers gegen die Einzugsstelle	Regelmäßig Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 13.03.2009 - L 1 KR 555/07 -), bei Streit für ein "ganzes Erwerbsleben" vgl. C.IV.6.2.
7.	Zulassungsstreitigkeiten	
7.1	Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen (§§ 108ff. SGB V)	<p>- Überschuss aus den Gesamteinnahmen und den Betriebsausgaben innerhalb von drei Jahren; Vergleichsberechnung anhand bestehender Einrichtungen gleicher Art und Größe möglich (BSG, 10.11.2005 - B 3 KR 36/05 B -);</p> <p>bei fehlendem Zahlenmaterial pauschaler Streitwert von 2.500000 €</p>

		<p>(BSG, 11.11.2003 - B 3 KR 8/03 B -).</p> <p>- <i>Bei gemeinnützigen Einrichtungen ohne Gewinnerzielungsabsicht je Quartal 4000 € (LSG Berlin-Brandenburg, 23.08.2007 - L 7 B 9/07 KA -).</i></p>
7.2	Nichtärztliche Leistungserbringer (§ 124, § 126 SGB V a.F.)	Überschuss aus den Gesamteinnahmen und den Betriebsausgaben innerhalb von drei Jahren; Vergleichsberechnung anhand bestehender Praxen gleicher Art und Größe möglich (BSG, 10.11.2005 - B 3 KR 36/05 B -).
7.3	Widerruf der Zulassung zur Abgabe von Hilfsmitteln (§ 126 Abs. 4 SGB V a.F.)	Fünf Prozent der Bruttoauftragssumme entsprechend § 50 Abs. 2 GKG; bei weit in die Zukunft hineinragenden Genehmigungen für drei Jahre (LSG Baden-Württemberg, 10.10.2006 - L 5 KR 897/06 W-A -).
8.	Vergütung von Krankenhausbehandlungen (§ 109 Abs. 4 Satz 3 SGB V iVm dem Krankenhausbehandlungsvertrag nach § 112 Abs. 2 Nr. 1 SGB V)	Höhe der Vergütung.
9.	Feststellung der Eignung für die Leitung eines ambulanten Krankenpflegedienstes (§ 132a Abs. 2 SGB V)	Zu schätzender Betrag der künftigen verminderten Einkünfte für drei Jahre (BSG, 07.12.2006 - B 3 KR 5/06 R -).
10.	Arzneimittelabrechnung im Datenträgeraustauschverfahren (§ 300 SGB V)	Voraussichtliche Kosten der Umstellung des Abrechnungsverfahrens (LSG Nordrhein-Westfalen, 6.10.2005 - L 16 KR 232/04).
11.	Herausgabe von medizinischen Unterlagen an den MdK; Auskunftsanspruch	<i>Ein Zehntel des voraussichtlichen Leistungsanspruchs, wenn die fraglichen Verhältnisse schon fast bekannt sind, kann aber auch deutlich höher liegen und fast den Wert des Zahlungsanspruchs erreichen (BSG, 28.02.2007 - B 3 KR 12/06</i>

		R -).
12.	Antrag auf richterliche Gestattung der Durchsuchung der Wohnung (§ 66 Abs. 3 Satz 1 SGB X iVm dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz Rheinland-Pfalz)	Zwar Kostenentscheidung nach § 197a SGG hinsichtlich der außergerichtlichen Kosten zu treffen, da jedoch kein Gebührenatbestand nach dem GKG verwirklicht ist, keine Entscheidung über Gerichtskosten zulässig (LSG Rheinland-Pfalz, 26.11.2007 - L 5 B 403/07 KR -); vgl. aber B.19.1.
13.	Festsetzung eines Festbetrags für Arzneimittel (§ 35 SGB V)	Der zu erwartende Gewinn/Verlust für drei Jahre; bei Schätzung ein Fünftel des zu erwartenden Umsatzes im Dreijahreszeitraum (LSG Berlin-Brandenburg, 22.05.2008 - L 24 KR 1227/05 -).
14.	Versorgung mit Haushaltshilfe; Abschluss einer Vergütungsvereinbarung (§ 132 Abs. 1 SGB V)	Kalkulierter Mehrumsatz für drei Jahre (LSG Baden-Württemberg, 10.07.2007 - L 11 KR 6157/06 -).
15.	Vergabestreitigkeiten (§§ 116 Abs. 1, 118 Abs. 1 Satz 3 GWB)	
15.1	<i>Sofortige Beschwerde (§ 116 Abs. 1 GWB)</i>	Fünf Prozent der Bruttoauftragssumme (§ 50 Abs. 2 GKG).
15.2	<i>Antrag auf Verlängerung der aufschiebenden Wirkung der sofortigen Beschwerde (§ 118 Abs. 1 Satz 3 GWB)</i>	Die Hälfte des Streitwerts der sofortigen Beschwerde (LSG Berlin-Brandenburg, 06.03.2009 - L 9 KR 72/09 ER -).

V.	Pflegeversicherung	
1.	Zulassung zur Pflege durch Versorgungsvertrag (§ 72 SGB XI)	<i>Der voraussichtliche Jahresgewinn aus drei Jahren, wenn die Zulassung für mindestens drei Jahre streitig ist (BSG, 12.06.2008 - B 3 P 2/07 R -)</i>
2.	Kündigung des Versorgungsvertrages (§ 74 SGB XI)	<i>Der dreifache Jahresumsatz (BSG, 12.06.2008 - B 3 P 2/07 R -) bzw. erzielbare Einnahmen für drei Jahre (Hessisches LSG, 26.09.2005 - L 14 P 1300/00 -; LSG Berlin-Brandenburg, 31.08.2006 - L 24 B 31/06 P ER -).</i>
3.	Pflegesatzvereinbarung; Auskunftsklage zur Vorbereitung einer Zahlungsklage (§§ 82ff. SGB XI)	<i>Grad der Abhängigkeit der Durchsetzbarkeit der Ansprüche von der Auskunft, idR ein Fünftel des Zahlungsanspruches (LSG Schleswig-Holstein, 14.10.2005 - L 3 P 4/05 -).</i>
4.	Private Pflegeversicherung	<i>Für Versicherte gilt die Kostenprivilegierung des § 183 SGG (BSG, 12.02.2004 - B 12 P 2/03 R - ; 19.04.2007 - B 3 P 6/06 R -); § 183 Satz 1 SGG ist entsprechend anzuwenden bei dem Übergang von Ansprüchen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf den Ehegatten (BSG, 28.09.2006 - B 3 P 3/05 R -).</i>

VI.	Rentenversicherung	
1.	Betriebsprüfung, Feststellung der Versicherungspflicht (§ 28p SGB IV)	
1.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG; vgl. B.1.2
1.2	Klage des Arbeitgebers	Höhe der Beiträge, vgl. C. IV. 6.2.
2.	Anfrageverfahren (§ 7a SGB IV)	
2.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG.
2.2	Klage des Arbeitgebers	<i>Umfang der zu erwartenden Beitragspflicht in Höhe von 20 % der Arbeitgeberbeiträge für einen Zeitraum von drei Jahren, bei Nichtanwendung des § 28g SGB IV für den Arbeitgeber 40 %; bei fehlenden Schätzungsgrundlagen Rückgriff auf die Bezugsgröße des § 18 SGB IV (LSG Nordrhein-Westfalen, 06.11.2007 - L 16 B 3/07 R -, Sächsisches LSG, 09.06.2008 - L 1 B 351/07 KR -, auch zum Streitstand); bei geringfügig Beschäftigten/Tätigen 20 % (3000 €) oder 40 % (6000 €) des Auffangstreitwerts (LSG Nordrhein-Westfalen a.a.O.).</i>
3.	Klage des Rentenversicherungsträgers gegen ein Geldinstitut auf Rücküberweisung von Rentenleistungen (§ 118 Abs. 3 Satz 2 SGB VI)	Höhe des Betrags (vgl. z.B. BSG, 05.02.2009 - B 13 R 87/08 R -).
4.	Befreiung von der Versicherungspflicht	<i>Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (LSG Rheinland-Pfalz, 21.12.2004 - L 5 LW 13/04 -; LSG Hamburg, 28.06.2005 - L 3 B 138/05 R -); vgl. auch B.1.2.</i>

VII.	Sozialhilfe; Grundsicherung für Arbeitsuchende	
1.	Abschluss von Vereinbarungen mit Einrichtungen (§§ 75ff.SGB XII)	Gewinn bzw. Minder-einnahmen (LSG Baden-Württemberg, 13.07.2006 - L 7 SO 1902/06 ER-B -) innerhalb von drei Jahren, wenn kein kürzerer Zeitraum streitig ist. Maßgebend sind die Pflegeplätze, die mit Personen belegt sind, für die der Sozialhilfeträger eintrittspflichtig ist (LSG für das Saarland, 04.12.2008 - L 11 B 8/08 SO -).
2.	Erteilung einer Auskunft über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse (§ 117 SGB XII; § 60 SGB II)	Hälfte des Regelstreitwerts (LSG Baden-Württemberg, 29.08.2007 - L 2 SO 1979/07 W-B -; SG Gelsenkirchen, 26.02.2008 - S 8 SO 21/08 -; LSG Nordrhein-Westfalen, 29.01.2007 - L 1 AS 12/06 -).
3.	Anspruchsübergang nach dem Tod des Leistungsberechtigten (§ 19 Abs. 6 SGB XII)	Es gilt die Kostenprivilegierung des § 183 SGG (BSG, 01.09.2008 - B 8 SO 12/08 B -).
4.	Überleitung von Ansprüchen (§ 93 SGB XII); Überleitungsbescheid	<p>- Klage des Schuldners gegen die Überleitung: Weniger als die Höhe der übergeleiteten Forderung; wenn das Bestehen des Anspruchs streitig ist, die Hälfte (LSG Baden-Württemberg, 18.07.2008 - L 7 SO 1336/08 W-A , L 7 SO 3383/08 AK-A -).</p> <p>- Klage des Sozialhilfeempfängers: Keine Kostenfreiheit nach § 183 SGG und im Regelfall Auffangstreitwert; nur dann die Höhe des übergeleiteten Anspruchs, wenn dieser nicht streitig ist (LSG Nordrhein-Westfalen, 09.01.2007 - L 20 B 137/06 SO -).</p>
5.	Übergang von Ansprüchen (§ 33 SGB II)	- vgl. auch C.VII.4.

		<p>- Bei Klage eines Dritten auf Durchführung des Verfahrens gegen den Schuldner bzw. auf Information, der Auffangstreitwert (Bayerisches LSG, 23.04.2007 - L 11 B 818/06 AS ER -).</p>
6.	Beteiligung von Trägern der Sozialhilfe	<p>- Die Träger der Sozialhilfe sind in allen Streitigkeiten, die nicht Erstattungsstreitigkeiten sind (§ 197a Abs. 3 SGG), von den Gerichtskosten nach § 64 Abs. 3 Satz 2 SGB X befreit; aus § 197a Abs. 3 SGG lässt sich eine weitergehende Kostenbefreiung für einen Sozialhilfeempfänger oder einen Dritten nicht herleiten (LSG Nordrhein-Westfalen, 09.01.2007 - L 20 B 137/06 SO -; LSG Baden-Württemberg, 22.11.2007 - L 7 SO 5195/06 -; Meyer-Ladewig, SGG, 9. Aufl., § 197a Rdnrn. 2a und 2b; Groth, SGB 2007, 536, 537).</p> <p>- Ein Land als Träger der Sozialhilfe ist von Gerichtskosten auch dann befreit, wenn es an Erstattungsstreitigkeiten mit anderen Leistungsträgern beteiligt ist (§ 2 Abs. 1 Satz 1 GKG; Groth, SGB 2007, 536, 537f.).</p>
7.	Beteiligung von Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende	<p>Keine Befreiung von den Gerichtskosten nach § 197a SG; § 64 Abs. 3 Satz 2 SGB X bewirkt nur eine Befreiung von den Pauschgebühren (Groth, SGB 2007, 536).</p>

VIII.	Unfallversicherung	
1.	Anfechtung der Wahl der Vertreterversammlung (§ 46, § 57 SGB IV)	Regelstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 06.08.2004 - L 7 U 3170/04 W-A -); vgl. auch C.IX. 14.
2.	Beitragsforderung (§ 150, § 168 SGB VII); Gefahrtarif, Gefahrklassen (§§ 157ff. SGB VII)	
2.1	Veranlagungsbescheid	<i>Grundsätzlich das Dreifache des Differenzbetrages zwischen dem geforderten und dem bei einem Erfolg der Klage zu erwartenden Jahresbeitrag, mindestens der vierfache Auffangstreitwert (BSG, 28.02.2006 - B 2 U 31/05 R -); bei geringerer Bedeutung für das Unternehmen <Tarifzeit maximal sechs Jahre>, aber bei doch erheblichem Gewicht, das Zweifache der Beitragsdifferenz, mindestens der dreifache Auffangstreitwert (BSG, 03.05.2006 - B 2 U 415/05 B -; 30.11.2006 - B 2 U 410/05 B -); a.A.: LSG Baden-Württemberg, 25.09.2006 - L 10 U 1403/06 W-A <L 10 U 2726/05> -: Tatsächliche bzw. zu erwartende Beitragslast für die ersten drei Umlagejahre, sofern der Gefahrtarif keine kürzere Laufzeit hat; bei Nichtfeststellbarkeit der erstrebten Beitragsersparnis die Hälfte der Beitragslast für die ersten drei Beitragsjahre).</i>
2.2	Beitragsbescheid	Höhe der Forderung; vgl. auch C.VIII.4.2
3.	Mitgliedschaft bei Berufsgenossenschaft (§§ 121ff., § 136 SGB VII); Zuständigkeitsstreit	Dreifacher Jahresbeitrag des Unfallversicherungsträgers, gegen dessen Zuständigkeit sich der Kläger wendet, mindestens der vierfache Regelstreitwert (BSG, 28.02.2006 - B 2 U 31/05 R-; 09.05.2006 - B 2 U 34/05 R -).
4.	Versicherungspflicht als Unternehmer (§ 2 SGB VII)	

4.1	<i>Feststellung der (Mit-)Unternehmereigenschaft eines Beigeladenen; Klage des Unternehmers</i>	<i>Auffangstreitwert (BSG, 05.02.2008 - B 2 U 3/07 R -).</i>
4.2	<i>Gleichzeitiger Streit um Versicherungspflicht und Beitragspflicht</i>	<i>Höhe der Beiträge, mindestens der Auffangstreitwert; keine Kostenprivilegierung, da keine Rechte als Versicherter auf Leistungen verfolgt werden, sondern sich der Kläger gegen die Erhebung von Beiträgen gegenüber ihm als Unternehmer wendet (BSG, 05.03.2008 - B 2 U 353/07 B -; Köhler SGB 2008, 76ff. mwN; LSG Berlin-Brandenburg, 05.11.2008 L 3 B 1007/05 U -); a.A.: Wegen der Identität des beitragspflichtigen Unternehmers mit dem Versicherten gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (LSG Sachsen, 02.05.2005 - L 2 B 236/04 U/LW/ER -; 22.11.2005 - L 2 B 206/05 U -; LSG Baden-Württemberg, 04.05.2005 - L 2 U 5059/04 ER-B -; Bayerisches LSG, 29.6.2005 - L 1/3 U 291/04 -; vgl. auch B.1.2).</i>
5.	<i>Feststellung des Versicherungsfalls von in der Haftung beschränkten Personen (§§ 109, 108 SGB VII)</i>	<i>Auffangstreitwert (BSG, 26.06.2007 - B 2 U 35/06 R -).</i>

IX.	Vertragsarztrecht	
1.	Genehmigung zur Erbringung und Abrechnung von Leistungen außerhalb der Zulassung (§ 72 Abs. 2, § 82 Abs. 1 S. 1 SGB V iVm den Verträgen)	<ul style="list-style-type: none"> - beim Vorhandensein von Umsatzzahlen oder Umsatzerwartungen: Honorareinnahmen abzüglich der Praxiskosten für zwei Jahre (LSG Sachsen, 10.05.2004 - L 1 B 2/03 KA-ER -) - ansonsten: Regelstreitwert (BSG, 26.02.1996 - 6 RKa 20/95 -).
2.	Anstellung eines Arztes in der Vertragsarztpraxis (§ 95 Abs. 9, § 115, § 98 Abs. 2 Nr. 13 iVm der Zulassungsverordnung)	<i>Wie bei C.IX.16.4; zusätzliche Einnahmen aus der Tätigkeit des Assistenten für drei Jahre, es sei denn, die Genehmigung bezieht sich auf einen kürzeren Zeitraum. Abziehen sind die durchschnittlichen Praxiskosten und das zu zahlende Gehalt des Assistenten (BSG, 27.11.2006 - B 6 KA 38/06 B -).</i>
3.	Belegarzt (§ 121 SGB V, Vertrag nach § 82 Abs. 1 SGB V)	<i>Wie bei C.IX.16.4 (SG Marburg, 22.03.2007 - S 12 KA 80/07 ER - ; Hessisches LSG, 02.03.2007 - L 4 KA 5/07 ER -: im einstweiligen Rechtsschutz durchschnittliche Zeitdauer eines erstinstanzlichen Klageverfahrens im Vertragsarztrecht; Wenner/Bernard, NZS 2006, 1, 4).</i>
4.	Budgetierungsmaßnahmen (§ 87 Abs. 1 S. 1 SGB V, einheitlicher Bewertungsmaßstab)	
4.1	Budgeterweiterung	Differenz der Fallpunktzahl im streitigen Zeitraum, hilfsweise für zwei Jahre; dabei ist der Punktwert des letzten vor Klageerhebung abgerechneten Quartals zugrunde zu legen (LSG Sachsen, 23.10.2002 - L 1 B 66/02 KA -; LSG Baden-Württemberg, 22.09.1998 - L 5 KA 2660/98 W-B -).
4.2	Budgetüberschreitung	Höhe der Honorarkürzung.

4.3	Budgetfreistellung	Regelstreitwert.
4.4	Fallzahlzuwachsbegrenzung (§ 85 Abs. 4 SGB V, Honorarverteilungsmaßstab)	Höhe der Honorarkürzung.
5.	Disziplinarmaßnahmen (§ 81 Abs. 5 SGB V iVm der Disziplinar - ordnung)	
5.1	Verwarnung, Verweis, Geldbuße	Regelstreitwert zuzüglich des Betrages der Geldbuße (BSG, 01.02.2005 - B 6 KA 70/04 B -).
5.2	Anordnung des Ruhens der Zulassung	Mutmaßlicher Umsatz im Ruhenszeitraum abzüglich der Praxiskosten, Zuschlag von 25 Prozent wegen der Folgewirkungen (u.a. "Abwandern" von Patienten) (Bayerisches LSG, 23.06.1993 - L 12 B 163/92 Ka -).
6.	Ermächtigung (§ 98 Abs. 2 Nr. 11 SGB V iVm der Zulassungsverordnung)	
6.1	persönliche Ermächtigung von Krankenhausärzten zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung (§ 116 SGB V)	- erzielbare Einnahmen abzüglich der Praxiskosten und Abgaben an das Krankenhaus im streitigen Zeitraum (BSG, 06.09.1993 - 6 Rka 25/91 -) - bei Streit über Inhalt bzw. Umfang der erteilten Ermächtigung: Regelstreitwert.
6.2	Ermächtigung ärztlich geleiteter Einrichtungen (§§ 117 bis 120 SGB V)	Bruttoeinnahmen im streitigen Zeitraum abzüglich der Einnahmen aus erteilten oder zu Unrecht nicht erteilten Ermächtigungen, bei fehlenden Anhaltspunkten: pauschaler Abzug von 50 v.H. (BSG, 21.12.1995 - 6 Rka 7/92 -); a.A.: LSG Berlin, 15.12.1998 - L 7 KA S 53/98 -, dreifacher Jahresbetrag des Einkommens abzüglich der Praxisunkosten.
6.3	Konkurrentenklage gegen Ermächtigung	Im Einzelfall zu schätzender Anteil der Umsatzeinbuße der von der Ermächtigung betroffenen Leistungen abzüglich der Praxiskosten (BSG, 24.02.1997 - 6 Bka 54/95 -) <i>für drei Jahre, wenn</i>

		<i>nicht kürzerer Zeitraum streitig; bei fehlenden Anhaltspunkten für die konkreten Auswirkungen der Ermächtigung für jedes Quartal des Dreijahreszeitraums der Regelwert (BSG, 07.12.2006 - B 6 KA 42/06 R -); vgl. auch C.IX.16.4.</i>
6.4.	Ermächtigung zur Teilnahme an der vertragspsychotherapeutischen Versorgung	Geschätzter Jahresgewinn für den streitigen - im Regelfall zweijährigen - Zeitraum (BSG, 19.07.2006 - B 6 KA 33/05 B -).
7.	Gemeinschaftspraxis (§ 98 Abs. 2 Nr. 13a SGB V iVm der Zulassungsverordnung)	
7.1	Genehmigung	Schätzung anhand der Einkommensverhältnisse und der Schwierigkeit der Angelegenheit (BSG, 06.01.1984 - 6 RKa 7/81 -).
7.2	Anordnung der Auflösung	Regelstreitwert (Hessisches LSG, 06.01.2003 - L 7 KA 1116/02 ER -).
7.3	Vergütungsanspruch	Keine Berechnung von Einzelstreitwerten, da Gesellschaft bürgerlichen Rechts (BSG, 20.10.2004 - B 6 KA 15/04 R -).
7.4	Genehmigung der Verlegung des Vertragsarztsitzes durch den Praxispartner; Klage des verbleibenden Praxispartners	Dreifacher Regelstreitwert (entspr. C.IX.16.4: BSG, 14.03.2002 - B 6 KA 60/00 B -).
8.	Gesamtvergütung, Klage der KÄV/KZÄV gegen die Krankenkasse (§ 85 Abs. 1, 2 SGB V)	Höhe des Zahlungsanspruchs.
9.	Verlangen der Herausgabe von Krankenunterlagen eines Arztes zur Prüfung eines Schadensregresses	Bei geringem in Betracht kommenden Schadensregressbetrag: Hälfte des Regelstreitwertes (LSG Baden-Württemberg, 25.06.1997 - L 5 Ka 855/97 W-A -).
10.	Honorarstreitigkeiten (§ 85 Abs. 4 ff. SGB V)	
10.1	Honoraransprüche oder Honorarberichtigungen	- Höhe des geltend gemachten Honorars oder der vorgenommenen Honorarberichtigung (BSG, 06.11.1996 - 6 RKa 19/95 -; LSG Nordrhein-Westfalen,

		<p>18.04.2006 - L 10 B 1/06 KA -; 05.07.2006 - L 10 B 8/06 KA -) bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen oder geschätzten Punktwertes (Wenner/Bernard, NZS, 2001,57,61).</p> <p>- bei fehlenden Umsatzzahlen: der angestrebte, d.h. innerhalb der nächsten Zeit nach objektiven Gesichtspunkten zu erzielende Umsatz abzgl. des Praxiskostenanteils, dabei kann auf die von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung veröffentlichten Umsatzzahlen zurückgegriffen werden (LSG Nordrhein-Westfalen, 25.06.2008 - L 11 B 16/07 KA ER -).</p>
10.2	Einheitlicher Bewertungsmaßstab (EBM) (§ 87 Abs. 1 S. 1 SGB V)	Bei Abwertung von Leistungspositionen: Höhe der Honorareinbuße (BSG, 15.11.1996 - 6 RKa 49/95 -; 06.02.1997 - 6 RKa 48/95 -); wenn nicht konkretisierbar: Regelstreitwert (BSG, 10.05.2004 - B 6 KA 129/03 B -).
10.3	Abrechenbarkeit einer Gebührennummer (§ 87 Abs. 1 S. 1 SGB iVm EBM)	Wert der Leistung für ein Jahr (vgl. C.IX.10.4.2).
10.4	Honorarverteilungsmaßstäbe (HVM) (§ 85 Abs. 4 SGB V)	
10.4.1	Zuordnung zum Honorarfonds der Fachärzte	Höhe der Nachvergütung der streitigen Quartale (LSG Sachsen, 27.01.2005 - L 1 KA 6/04 -).
10.4.2	Zuordnung zu anderer Arztgruppe (EBM)	Nachvergütungsbetrag eines Quartals mal vier (ein Jahr; BSG, 20.10.2004 - B 6 KA 15/04 R -).
10.4.3	<i>Festsetzung eines Basisvolumens</i>	<i>Das vierfache des Auffangstreitwerts (ein Jahr; LSG Rheinland-Pfalz, 10.12.2007 - L 5 B 342/07 KA -).</i>
10.5	Praxiskosten	Kein Abzug vom Streitwert (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57,61).
10.6	Fallpunktzahlmenge (§ 85 Abs. 4ff. SGB V)	Differenz der abgerechneten und der maximal zustehenden Punkte

		(BSG, 05.05.2000 - B 6 KA 71/97 -; 09.05.2000 - B 6 KA 72/97 R -).
10.7	Zusätzliches Honorar bei "fachfremder" Behandlung (Überweisungsverbot; zulassungsrelevante Entscheidung) (§ 73 SGB V)	Erzielbare Einnahmen für drei Jahre unter Abzug der Praxiskosten; bei einem Überweisungsverbot unter Abzug der erzielbaren Einnahmen aus dem "Verkauf" an andere Vertragsärzte (BSG, 03.03.1997 - 6 RKa 21/95 -).
10.8	(unzulässige) vorbeugende Unterlassungsklage gegen Honorarbescheid	Regelstreitwert (LSG Niedersachsen-Bremen, 07.10.2005 - L 3 KA 139/05 ER -).
10.9	Verhinderung einer Honorarverteilung durch Schiedsspruch (Weitergeltung der früheren günstigeren Honorarverteilung; § 89 SGB V)	50 000 € (LSG Niedersachsen-Bremen, 22.12.2004 - L 3 KA 368/04 ER -).
11.	Notdienst (§ 75 Abs. 1 S. 2 SGB V iVm der Satzungsregelung der KÄV/KZÄV, § 81 SGB V)	
11.1	Abberufung als Vorsitzender der Notdienstkommission	Regelstreitwert (LSG Sachsen, 15.07.2002 - L 1 B 12/02 KA -).
11.2	Befreiung vom Notdienst	Regelstreitwert (LSG Schleswig-Holstein, 25.02.2005 - L 4 B 32/04 KA ER -; LSG Hessen, 25.02.2005 - L 6/7 B 99/04 KA -; LSG Niedersachsen-Bremen, 25.08.2005 - L 3 KA 74/05 ER -).
11.3	Eingliederung von Fachärzten in den allgemeinen Notdienst	Regelstreitwert (SG Dresden, 10.02.2005 - S 11 KA 260/04 -).
11.4	Klage auf Teilnahme am Notdienst	zusätzliche Honorarsumme im Quartal für zwei Jahre (LSG Niedersachsen-Bremen, 11.08.2005 - L 3 KA 78/05 ER -).
11.5	Vertretung für den Notfalldienst	Kosten der Vertretung (LSG Rheinland-Pfalz, 29.08.1977 - L 6 Ka 5/76 -).
12.	Praxisübernahme	
12.1	Praxiskauf	Kaufpreis (LSG Berlin, 23.09.1997 - L 7 Ka-SE 27/97 -).
12.2	Antrag auf zusätzliche Zulassung bei angestrebtem Praxiskauf	Siehe Erstzulassung (vgl. C.IX.16.4), da Zulassungsstreit

		(LSG Baden-Württemberg, 27.08.1999 - L 5 KA 1576/99 W-B -).
13.	Schiedsverfahren (§ 89 SGB V)	<i>Ist das Klagebegehren auf einen neuen Vertrag bestimmten Inhalts gerichtet, Differenz zwischen dem Ergebnis der Schiedsamtentscheidung und dem geltend gemachten Betrag. Zielt das Begehren auf einen neuen Schiedsspruch mit ungewissem Inhalt, wie bei einem Neubescheidungsantrag, die Hälfte des optimal erlangbaren Betrags. Nur wenn finanziell nicht messbare Grundsatzfragen streitig sind, Regelwert (BSG, 28.01.2009 - B 6 KA 38/08 B -).</i>
14.	Wahlanfechtung (§ 80, § 81 Abs. 1 Nr. 2 SGB V iVm der Wahlordnung)	Regelstreitwert; mehrfacher Regelstreitwert (§ 39 Abs. 1 GKG), wenn die Besetzung mehrerer Positionen angefochten wird, für die jeweils gesonderte Wahlhandlungen vorgesehen sind. Die Zahl der die Wahlanfechtungen betreibenden Kläger ist ohne Bedeutung (BSG, - 14.09.2006 - B 6 KA 24/06 B -; 19.09.2006 - B 6 KA 30/06 B -).
15.	Wirtschaftlichkeitsprüfung (§ 106 SGB V)	
15.1	Beratung (§ 106 Abs. 1a SGB V)	Ein Viertel des Regelstreitwertes (Bayerisches LSG, 07.09.1998 - L 12 B 350/97 KA -).
15.2	Bescheidungsantrag bei Honorarkürzung oder Regress	Höhe des Kürzungs- oder des Regressbetrages ohne Abschlag (BSG, 23.02.2005 - B 6 KA 72/03 R -; BSG, 16.07.2008 - B 6 KA 57/07 R -; a.A.: die Hälfte, Hessisches LSG, 27.06.2007 - L 4 B 152/07 KA -); dies gilt auch bei einer Klage der Krankenkasse gegen die Ablehnung eines Regresses; keine Herabsetzung, wenn auch Versicherte anderer Kassen betroffen sind, mit Ausnahme einer Einzelfallprüfung (LSG Rheinland-Pfalz, 24.08.2006 - L 5 KA 201/06 KA -).
15.3	Honorarkürzung oder Regress	- Höhe des Kürzungs- oder des Regressbetrages (BSG, 15.06.1998 - 6 RKa 40/96 -).

		- wenn nur eingeschränkte Anfechtung in nicht quantifizierbarem Umfang: Hälfte der Differenz zwischen dem zuerkannten und dem abgerechneten Honorar (LSG Niedersachsen-Bremen, 19.08.2003 - L 3 B 38/03 KA -).
15.4	<i>Regress bei Richtgrößenprüfung; Klage einer Krankenkasse</i>	<i>Gesamtbetrag der Honorarkürzung, da die Überwachung der Wirtschaftlichkeit von übergreifendem Interesse für alle Krankenkassen und Verbände ist (LSG Rheinland-Pfalz, 24.08.2006 - L 5 B 201/06 KA -); a.A.: Höhe des auf die Krankenkasse entfallenden Regressanteils (LSG Berlin-Brandenburg, 03.04.2008 - L 7 B 18/08 KA -).</i>
16.	Zulassungsverfahren von Ärzten, Zahnärzten und Psychotherapeuten (§ 95 SGB V iVm den Zulassungsverordnungen nach § 98 SGB V)	
16.1	Eintragung in das Arztregister als Vorstufe der Zulassung (§§ 95a, 95c SGB V)	- bei faktischer Vorwegnahme der Zulassung: Höhe der Einnahmen wie bei C.IX.16.4. - im übrigen: Höhe der Einnahmen in dem streitigen Zeitraum der Weiterbildung (BSG, 21.03.1997 - 6 RKa 29/95 -).
16.2	Einstweilige Anordnung	Höhe der Einnahmen (wie bei C.IX.16.4) während der voraussichtlichen Verfahrensdauer von einem Jahr ohne Abschlag (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57, 59; 2003, 568, 571; 2006, 1, 3f.).
16.3	Entziehung der Zulassung	Wie bei C.IX.16.4, wobei auf die konkret erzielten Umsätze zurückgegriffen werden kann (BSG, 07.04.2000 - B 6 KA 61/99 B -); <i>bei einem Laborarzt ist das gesamte Honorar bestehend aus dem Leistungsanteil und den Analyse-sachkosten zu berücksichtigen (LSG Nordrhein-Westfalen, 10.12.2007 - L 10 B 39/06 KA -).</i>
16.4	Erstzulassung	- Höhe der bundes-durchschnittlichen Umsätze der

		<p>Arztgruppe (in den neuen Bundesländern: Durchschnitt dieser Länder) abzüglich des durchschnittlichen Praxiskostenanteils in einem Zeitraum von drei Jahren (BSG, 01.09.2005 - B 6 KA 41/04 R -; 12.10.2005 - B 6 KA 47/04 B -)</p> <p>– bei fehlenden Daten bzgl Umsätzen und Praxiskostenanteilen: Rückgriff auf durchschnittliche Werte aller Arztgruppen (BSG, 12.10.2005 - B 6 KA 47/04 B -)</p> <p>– bei fehlenden Daten bzgl Praxiskostenanteilen: Rückgriff auf einen "pauschal gegriffenen Kostensatz" von 50 vH (BSG, 12.10.2005 - B 6 Ka 47/04 B -)</p> <p>– Unterschreiten des "Berechnungszeitraums" von drei Jahren möglich, wenn kürzere Tätigkeit zu erwarten ist (BSG, 28.01.2000 - B 6 KA 22/99 R -)</p> <p>– in einem atypischen Fall, in welchem die durchschnittlichen Umsätze der Arztgruppe dem wirtschaftlichen Interesse des Arztes nicht annähernd entsprechen, ist für jedes Quartal des Dreijahreszeitraums der Regelwert ohne Abzug von Praxiskosten anzusetzen (BSG, 12.09.2006 - B 6 KA 70/05 B -).</p>
16.5	Erteilung einer weiteren Zulassung	Mehreinnahmen innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren (BSG, 11.11.2005 - B 6 KA 12/05 B -).
16.6	Konkurrentenklage gegen Zulassung	<i>Wie bei C.IX.16.4; angesichts des offenen Ausgangs des Auswahlverfahrens jedoch nur 1/3 des vollen Zulassungsinteresses (LSG Schleswig-Holstein, 28.06.2007 - L 4 B 269/06 KA ER -); a.A. bei Praxisübernahme: Durchschnittsumsatz in der Arztgruppe ohne Abzug von Praxiskosten (Wenner/ Bernard, NZS 2001, 57, 60).</i>

16.7	Nebenbestimmungen zu einer Zulassung (Bedingung)	Wie bei C.IX.16.4.
16.8	Verlegung des Arztsitzes	Dreifacher Regelstreitwert (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57, 60).
16.9	Weiterführung von Behandlungen nach Versagung der Zulassung zur vertragspsychotherapeutischen Versorgung	Zu erwartendes Honorar (BSG, 08.04.2005 - B 6 KA 52/04 B -).
16.10	Zweigpraxis	Dreifacher Regelstreitwert (Wenner/Bernard, NZS 2003, 568, 572).
16.11	Erteilung einer Nebentätigkeitsgenehmigung als Konsiliararzt	Voraussichtliche Honorareinnahmen für drei Jahre abzüglich der Betriebskosten (LSG Nordrhein-Westfalen, 24.02.2006 - L 10 B 21/05 KA -).
17.	Ausschreibung eines Vertragsarztsitzes (§ 103 Abs. 4 SGB V)	<i>Regelwert für zwölf Quartale, da Ähnlichkeit mit einer Zulassungsstreitigkeit (BSG, 28.11.2007 - B 6 KA 26/07 R -).</i>
18.	Anordnung der KÄV auf Beendigung der Substitutionsbehandlung eines Versicherten durch einen Vertragsarzt ("Substitutionsrichtlinie", §§ 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5, 135 SGB V)	<i>Auffangstreitwert; auf den Umfang einer erst beabsichtigten Honorarrückforderung kann nicht abgestellt werden (Hessisches LSG, 11.03.2009 - L 4 KA 59/07 -).</i>